

Antrag an die Universitätsvertretung der Universität Wien, Sitzung am 11. Juni 2021

09. Juni 2021

GEMEINSAM GEGEN DEN ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS DER BUNDESREGIERUNG.

Vor wenigen Wochen hat die ÖVP-Integrationsministerin Susanne Raab die antimuslimisch rassistische "Islamkarte" vorgestellt, in der die Adressen von muslimischen Einrichtungen offen im Internet gesammelt und veröffentlicht werden. Damit hat die Bundesregierung und allen voran die türkise ÖVP einen neuen Tiefpunkt an Maßnahmen zur Ausgrenzung und Diffamierung aller Muslim_innen, die hier leben, erreicht.

Mit der Übernahme der ÖVP von Sebastian Kurz hat die aktuell stärkste Partei im österreichischen Nationalrat das Thema "Politischer Islam" von Rechten und Rechtsextremen übernommen und in die Mitte der Gesellschaft getragen. Anstatt das reale Problem "Islamismus" zu benennen und dagegen anzukämpfen werden mit rassistischen Maßnahmen pauschal Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und Stimmung gegen eine ganze Glaubensgemeinschaft gemacht. Ein Großteil der Maßnahmen, wie Kopftuchverbote und Schließungen von bestimmten Einrichtungen, werden zwar groß inszeniert um politischen Kleingeld damit zu machen, nicht selten werden eben diese Maßnahmen aber wieder vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben.

Die Folgen dieser Politik zeigen sich schnell: Die "Islamkarte" wurde von den rechtsextremen Identitären prompt verwendet um die muslimischen Einrichtungen mit antimuslimisch rassistischen Warnschildern zu versehen - das ist erschreckend, aber jedoch kaum verwunderlich.

Sogar die Universität Wien, die die Karte bereits vor einigen Jahren im Rahmen einer Forschung erstellte, schaffte es sich von dem Projekt zu distanzieren und verbietet der Bundesregierung die Verwendung des Logos.

Wir müssen und als ÖH Uni Wien unserer gesellschaftlichen Verantwortung annehmen, den antimuslimischen Rassismus der Bundesregierung klar benennen und dagegen vorgehen. Wir müssen uns mit Betroffenen, darunter unzählige Studierende, solidarisch zeigen und gemeinsam für ein freies und selbstbestimmtes Leben für alle, ohne Hass und Ausgrenzung, kämpfen.

DIE UNIVERSITÄTSVERTRETUNG DER UNIVERSITÄT WIEN MÖGE DAHER BESCHLIEßEN

- Die ÖH Uni Wien verurteilt den antimuslimischen Rassismus der Bundesregierung, insbesondere die veröffentlichte "Islamkarte" von ÖVP-Ministerin Susanne Raab.
- Die ÖH Uni Wien setzt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen Schwerpunkt gegen antimuslimischen Rassismus und sensibilisiert auch in Veranstaltungen über das Thema.
- Die ÖH Uni Wien fordert von der Universität Wien entsprechende Sensibilisierungsmaßnahmen und Schulungen für alle Universitätsangehörigen, insbesondere

für die Mitarbeiter_innen und Professor_innen, um dem Problem antimuslimischen Rassismus an der Universität und gesamtgesellschaftlich entgegenzuwirken.